

Das Saarland

Der Beginn und der hohe Anspruch:

Das Saarland als eigenständige politische Größe wurde durch den amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson 1920 kreiert; damals im Versailler Vertrag als „Saargebiet“ etwas kleiner, ohne den Restkreis Merzig-Wadern. Wilson wollte zwei große neue Pläne einer Weltfriedensordnung hier umsetzen, und tat sich schwer, gegen seine Verbündeten, die als Sieger teils auf Rache, teils auf Wiedergutmachung aus waren, eine solche Friedenspolitik durchzusetzen.

Er wollte konkret das Selbstbestimmungsrecht der Völker und den Völkerbund als neue Weltfriedensordnung erreichen. Heute wissen wir bzw. müssen wir nach zwei schrecklichen Weltkriegen feststellen, dass dieses Vorhaben gescheitert ist.

1. Die Nachfolgeorganisation des Völkerbundes, die UNO hat sich zum Spielball und Büttel der 5 Siegermächte des 2. Weltkrieges machen lassen, die sie mit ihrem jeweiligen Veto-Recht handlungsunfähig machen. Damit sollen ihre Verdienste im Bereich der humanitären Hilfe, der Entwicklung und ihre Hilfe beim Aufstieg der wenig entwickelten Länder nicht geschmälert werden. Aber, in dieser Abhängigkeit ist sie nicht in der Lage, die „Stellvertreterkriege“ zu unterbinden und die zwei Großen bei ihrer Politik der Absicherung bzw. Ausweitung ihrer Hemisphären zu stören.
2. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker hat zwar dazu beigetragen, sie aus der kolonialen Abhängigkeit zu befreien, da wo sie sich aber nicht aus den Fängen der Erben dieser Macht befreien können, verharren sie oft in noch größerer Abhängigkeit, Ausbeutung und oft auch Versklavung. Da wo es an der Bildung, Information und Aufklärung mangelt, wird es missbraucht für neue populistische Nationalismen. Auch das Beispiel Saarland zeigt diese Gefahr, wo zwei Volksabstimmungen 1935 und 1955 „versemmelt“ wurden. Heute sind die eigentlichen Brandherde der Welt dort zu finden, wo der Übergang von der Kolonialherrschaft zur „Selbst“bestimmung nicht geglückt ist (Syrien, Iran, Irak, Palästinenser und Israel, aber auch viele afrikanische Länder, die teilweise von kapitalistischen Unternehmen ausgebeutet und faktisch beherrscht sind, die mit einheimischen War-Lords gemeinsame Sache machen).

Es tut Not, neu über Völkerrecht und internationales Recht nachzudenken, das dem Anspruch gerecht wird, wirklich „Menschen“recht zu sein, das in seinen entscheidenden Merkmalen über dem „Bürger“recht stehen muss. Das Bürgerrecht darf, wenn es sich nicht selbst ad absurdum führen will, nie exklusiv sein (Ralf Dahrendorf).

Der Grundsatz, die Erde ist für alle da, praktisch eine Verallgemeinerung des Grundsatzes des Gemeingebrauchs der Güter und des Eigentums, muss konkret formuliert und umgesetzt werden:

- Jeder Mensch hat das Recht auf dieser Erde für sich und seine Familie einen Platz zu finden, wo er leben und arbeiten kann und wo er die elementaren Bedürfnisse seines Lebens nach Nahrung, Kleidung, Obdach, Bildung erfüllen kann.

- Wo er lebt und wo er arbeitet, da genießt er Bürgerrecht, unabhängig von Rasse, Klasse und Stand, Religion, Hautfarbe und körperlicher Unversehrtheit. Und wenn er das wünscht, auch das Recht auf Einbürgerung.
- Regierungen, denen größere Teile ihres Volkes weglaufen, haben ihre Legitimation verwirkt und müssen ersetzt werden können.
- Regierungen, die bei Katastrophen humanitäre Hilfe von außen verweigern, erschweren oder verbieten, müssen durch eine internationale Autorität, die über eine eigene Polizei verfügt, zur Ordnung gerufen, sonst abgesetzt werden.
- Flüchtlinge sind von allen Regierungen zu schützen, notfalls zu retten. Neben ihrer Integration in das Gastland muss ihre Heimkehr möglich gemacht werden durch Auswechslung unfähiger und korrupter Regierungen dort, vor allem, wenn sie nur an ihrem Machterhalt interessiert sind. Retter dürfen nie wegen ihrer Rettung (z. B. aus Seenot) strafrechtlich verfolgt werden.

Aus der Perspektive des amerikanischen Präsidenten Wilson ist sein Konzept auch im Saarland gescheitert,

- Als die Bevölkerung des Saargebietes in freier Selbstbestimmung mit über 90 % sich 1935 einem verbrecherischen Regime, dem Nationalsozialismus ausgeliefert hat,
- Als die Bevölkerung des größeren Saarlandes sich 1955 geweigert hat, sich für eine europäische Perspektive zu öffnen mit großzügigen Angeboten, in diesem neuen Europa jene große Rolle zu spielen, die heute Luxemburg spielen kann. (Saarbrücken sollte Hauptstadt der Montanunion werden (Artikel XIII. des Saarstatuts).

Auch heute droht wieder Gefahr:

- Wenn ein amerikanischer Präsident den Welthandel instrumentalisiert für seine Machtpolitik und eigene ökonomische Interessen,
- Der Brexit Großbritanniens unkalkulierbare Risiken für Europa als Ganzes, aber auch für die Bevölkerung Großbritanniens selbst bringen wird.
- Gleichzeitig Europa seine Wertebasis verliert, wenn es nicht gelingt, neue Nationalismen zu bändigen und Flüchtlinge im Mittelmeer zu Tausenden zu retten.
- Auch von Deutschland geht wieder eine große Gefahr aus. Es ist bisher nicht bereit – trotz entgegenstehender gesetzlicher Verpflichtung – eine Politik des Ausgleichs der Leistungsbilanz zu betreiben. Das hat die New-York-Times letzte Woche titeln lassen: „Die Welt hat ein Problem: Deutschland“. (ARD Presseclub 18.08.2019) Die aggressive Handelspolitik der USA und der Brexit haben hier eine entscheidende Ursache. Die Ökonomen nennen das „eine Politik die die Nachbarn zu Bettlern macht!“.

Gott sei Dank gibt es auch Gegenbewegungen und Bürger, die sich wehren,

- Ein 16-jähriges Mädchen aus Schweden, Greta, kann plötzlich die ganze Welt für die Klimafrage erwärmen, so dass Wirtschaft, Politik und selbst der Papst nicht mehr an ihr vorbeikommen.
- NGO's und andere private Initiativen, unterstützt von einer rührigen Zivilgesellschaft organisieren Rettungsschiffe und Auffangmöglichkeiten für Flüchtlinge, um Menschen zu retten und hier würdig zu empfangen und an unserem Leben teilhaben zu lassen. Auch wenn sie sich dabei und dadurch – Welch ein Skandal! – der Strafjustiz demokratischer Staaten aussetzen.
- Als 2015 Hunderttausende von Flüchtlingen aus dem Bürgerkriegsland Syrien kamen, war es vorwiegend privates Engagement, das sie freundlich aufnahm und mit dem Nötigsten versorgte. An diesem Tag konnte man aber auch auf unsere Bundeskanzlerin stolz sein „Wir schaffen das!“)

Aber es bleibt ein Problem:

- Die Reichen der Welt müssen sich mit Mauern und Zäunen abschotten, um ihren Reichtum, der für Arme als Provokation empfunden werden muss, zu verteidigen. Während das bisher in den Entwicklungsländern schon ein Problem war, wo ausländische Fachkräfte nur hinter Mauern existieren konnten, sind es inzwischen die reichen Staaten selbst, die ihre Grenzen abschotten. Das kann auf die Dauer nicht gut gehen.
- In diesem Zusammenhang ist das Dublin-Abkommen der EU, das Flüchtlinge nur dort anlanden, registrieren und aufnehmen lässt, wo sie zuerst ankommen, ein Skandal. Hier wird die Last auf die Südländer abgeschoben, die sich inzwischen zur Wehr setzen, und dabei die Glaubwürdigkeit der ganzen EU in Frage stellen.
- Neben dem Auseinanderklaffen von Reich und Arm, das zunimmt, droht uns allen die Weltklimakatastrophe, die uns allen eine Änderung unseres Verhaltens aufzwingt.

Das kann auf die Dauer nicht gut gehen. Die Erde ist für alle da, und das Recht auf Beteiligung gilt für alle Menschen.

Und was hat das alles mit dem Saarland zu tun?

Von einem autonomen, unabhängigen Saarland zu träumen, macht nur Sinn, wenn es sich neben seinen eigenen Existenzproblemen in einem größeren Zusammenhang sieht.

1. Historisch müssen wir darüber nachdenken, woher wir kommen. Unsere eigentlichen Vorfahren waren die Kelten. Das Saarland ist das einzige Land in Deutschland, das ringsum von ursprünglich keltisch besiedelten Gebieten umgeben ist.
2. Das Saarland ist als politisches Gebilde mit einem hohen Anspruch entstanden. Es ist diesem Anspruch nicht immer gerecht geworden, weil es selbst auch immer wieder Opfer war. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker muss zu einem Selbstbestimmungsrecht der Menschen weiterentwickelt werden, und für dieses Recht muss es institutionelle Absicherungen geben, auch eine polizeiliche Durchsetzungsmöglichkeit.

3. Und solange die UNO sich nicht befreien kann aus dem Gefängnis des Vetos der Siegermächte, müssen Alternativen entwickelt werden. Dies kann nicht nur durch NGO's geschehen, hier sind auch Staaten gefragt. Und da das Große immer aus dem Kleinen entsteht, kann ein kleines Land hier großes leisten.

Offensichtlich wird es in Zukunft kein Geldproblem mehr geben, wenn inzwischen Banken einen Negativzins für geparktes Geld zahlen müssen. Staaten können sich faktisch kostenfrei Geld leihen, um wichtige Projekte zu finanzieren.

Ist das das Ende des Kapitalismus?

Das Saarland ist langfristig als Bundesland nicht überlebensfähig. Mit jeder Hilfe durch den Bund muss es Souveränitätsrechte abgeben, sein Anschluss an ein anderes Bundesland ist verfassungsrechtlich faktisch nicht möglich. Diese fehlende Überlebensfähigkeit ist nicht in der Wirtschaftskraft des Saarlandes begründet. Das Saarland hat sich auch aus der Kohle- und Stahlkrise gut herausgearbeitet. Die Krise ist begründet in der unfairen Behandlung des Saarlandes als kleinstes Flächenland der Bundesrepublik durch die Bundesregierung. Und sie ist begründet in einer falschen Wirtschafts-, Sozial- und Familienpolitik. An diesen beiden Ursachen setzen wir mit unserem neuen Konzept einer klassenfreien, solidarischen Arbeitsgesellschaft in marktwirtschaftlicher Ordnung an. Deshalb ist die Frage angebracht:

Das Saarland existiert politisch in jener Bruchzone, wo nach der Teilung des fränkischen Kaiserreichs immer wieder selbständige Staaten entstanden, die teilweise bis heute überlebt haben, teilweise mit sprachlich gemischter Bevölkerung: Belgien mit Wallonien und Flandern, die Niederlande, Luxemburg, die Schweiz. Einige wurden immer wieder nach Kriegen hin- und hergeschoben wie Elsaß-Lothringen und das Saarland.

Der saarländischen Bevölkerung wurde immer wieder weisgemacht, sie sei deutsch, aber ist das richtig? Zweifellos haben wir inzwischen die deutsche Sprache übernommen und die deutsche Kultur in Form von Musik und Literatur.

Aber: Zunächst waren hier die Kelten als erste namentlich bekannte Kultur Europas, links bis zum Rhein. Dann wurden diese immer wieder überlagert durch fremde Mächte, die Römer, die Franken, die Franzosen. Aber die ursprüngliche Bevölkerung wurde weder ausgerottet, noch vertrieben. Allerdings nach dem fast 100-jährigen Krieg (der mit dem 30-jährigen begann, dann aber in Form von Erbfolgekriegen und Reunionskriegen weiterging) waren bis 80 % der Bevölkerung vernichtet (massakriert, verhungert, an Seuchen gestorben). Sie wurde wieder aufgefrischt aus ehemals keltischen Gebieten, da die germanischen Gebiete auch schrecklich dezimiert waren. Also aus Tirol, der Schweiz, Frankreich und den Niederlanden. Eine Gen-Analyse der heutigen saarländischen Bevölkerung würde ergeben, wer unsere eigentlichen Vorfahren waren und sind.

Wir hier im Kurfürstentum Trier waren praktisch eine Zwischengröße. Der Erzbischof und Kurfürst war Metropolit für die Suffragan-Bistümer Metz, Toul und Verdun, also französischen Territorien, unser Blick war nach Westen gerichtet. Gleichzeitig war der Kurfürst der zweithöchste Repräsentant des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation, was ihn aber nicht gehindert hat, im Dreißigjährigen Krieg mit Frankreich ein Stillhalteabkommen zu schließen, was ihn im 30-jährigen Krieg 10 Jahre in Festungshaft brachte. Nach all diesen Wirren, die bei uns fast 100 Jahre dauerten,

hat der Wiener Kongress unser Gebiet den Preußen anvertraut und den Bayern, damit waren hier im Westen zumindest durch zwei starke Staaten die Grenzen sicher.

Aber waren die Preußen Deutsche? Sie waren zunächst ein slawisches Volk zum polnischen Staat gehörend. Als die Hohenzollern dann nach der Königswürde strebten, die sie vom deutschen Kaiser nicht erwarten konnten, haben sie sich mit Einverständnis des polnischen Königs in Königsberg selbst gekrönt. Am preußischen Hofe wurde seitdem französisch parliert.

Das Saarland musste immer wieder die Erfahrung machen – das haben sie gemeinsam mit den heutigen Ostländern – das man vom deutschen Vaterland auf seine Bedürfnisse keine Rücksicht nahm.

Einige Punkte, die die unfaire Behandlung belegen:

- Schon im 19. Jh. wollte Preußen, um seine Staatsschulden zu begleichen, die Saargruben an Frankreich verkaufen.
- Als 1955 nach dem verheerenden Abstimmungsergebnis über das Saarstatut Frankreich wieder an den Verhandlungstisch sollte, hat Frankreich als Kompensation die Moselkanalisierung bekommen, während die Kanalisierung der Saar erst 10 Jahre später erfolgte. Damit erhielt Frankreich für sein Erz und seine Kohlen aus Lothringen einen riesigen Wettbewerbsvorteil gegenüber der Saar.
- Am Tage der wirtschaftlichen Rückgliederung fiel für das Saarland die von Frankreich eingeführte Familienzulagenkasse weg, 13 % der Lohnsumme entfielen. Diesen Rückstand in den Einkommen hat das Saarland bis heute nicht aufgefangen mit entsprechenden Ergebnissen für die Staatsfinanzen.
- Das Doppelbesteuerungsabkommen, für das die Bundesregierung zuständig ist, bedeutet, dass französische Pendler und Grenzgänger ihre Einkommen in Frankreich versteuern, saarländische Grenzgänger nach Luxemburg dies ebenfalls in Luxemburg tun, rheinland-pfälzische tun es im Saarland. Aber im Saarland wurde bisher genauso wie in Rheinland-Pfalz der Ausfall bei den Einkommen im Bund-Länder-Ausgleich kompensiert. Es verbleibt aber ein großes Defizit bei den ausfallenden Steuern der frz. Grenzgänger. Und nach 2020 fällt der Bund-Länder-Ausgleich weg.
- Prof. Rentzsch aus Magdeburg hat in einer Studie festgestellt, dass das Saarland in seiner Produktivkraft zwar bei fast 100 % im Vergleich mit den anderen Bundesländern steht, an fünfter Stelle (lt. Saarl. Finanzminister), an siebter Stelle neben NRW lt. Pro. Rentzsch, aber in seiner Steuerkraft mit 76 % weit abfällt, was allein die fiskalischen Probleme erklärt.

Zeichnung:

- Immer wieder beklagt die Landesregierung, dass das Saarland bei den Verkehrswegen benachteiligt wird (Bsp. Bahn-Verbindung Frankfurt-Mannheim über Saarbrücken nach Paris), die Verlagerung von Bundesbehörden, die das Saarland in der Regel auslässt, und dass es keine Konzernzentralen hier gibt, also nur verlängerte Werkbänke abhängig von Entscheidern außerhalb des Saarlandes.

-Auch in der Geschichtsforschung über das Saarland wird auf diese Benachteiligung des Saarlandes immer wieder verwiesen. **Die historische Entwicklung muss sachgerechter und wahrhafter dargestellt werden.**

Die Wunden, die in den zwei Volksabstimmungen geschlagen wurden, sind bis heute nicht verheilt. Das sogenannte „christliche“ Lager ist bis heute gespalten.

Ein grundlegender Wandel in unserem Denken und unserem Handeln, insbesondere in Politik und Wirtschaft ist angesagt. Das Saarland beging 2017 sein 60jähriges Jubiläum (1957 – 2017). Die 10 Jahre davor, in denen das Saarland wie die Bundesrepublik insgesamt ein teilautonomes Land war, werden ignoriert, obwohl dieselbe Verfassung und dieselbe Hymne galten. Während das Saarland in diesen ersten zehn Jahren keine fiskalischen Probleme hatte, die sogenannten Heimatbundparteien sogar eine Besitzstandskampagne in der Zeit des Übergangs starteten, ging man ziemlich sorglos und ungeplant in das Abenteuer, ein 11. Bundesland zu werden.

Als diese Besitzstandskampagne scheiterte, das Saarland hatte ja nun keine Verhandlungsmacht mehr, lehnte der eigentliche Motor der „Heim-ins-Reich-Bewegung“ Dr. Heinrich Schneider mit seiner DPS den Anschluss ab, während der eigentliche Gegner, Johannes Hoffmann, die Ergebnisse seiner Niederlage politisch umsetzte, zurücktrat, schließlich für den Anschluss stimmte und seine Partei, die CVP, in die CDU integrierte, was diese bis heute nicht eigentlich vollzogen hat. Das sogenannte christliche Lager bleibt bis heute in dieser Frage gespalten.

Es war den Sozialdemokraten überlassen, die Erinnerung an den christlich-sozialen Politiker und Gründer des Saarlandes wachzuhalten. Das Porträt in der Staatskanzlei wurde von MP Oskar Lafontaine angebracht, auch eine Stele am ehemaligen Amtssitz in Saarbrücken ging nicht auf CDU-Politiker zurück. Bisher trägt keine Straße, keine Brücke, kein Platz offiziell seinen Namen, vereinzelt gibt es private Initiativen.

Es wiederholte sich praktisch ein Vorgang, wie ihn die Saargebietler 1935 erlebten. Vor lauter Euphorie, endlich heim ins Reich zu können, hatte man vergessen, dafür zu sorgen, dem Saargebiet im Deutschen Reich einen angemessenen Platz einzuräumen.

„Am 13. Januar 1935 entschied sich die Bevölkerung des durch den Versailler Vertrag entstandenen Saargebiets für die Rückkehr zu Deutschland. Daraufhin erging am 30. Januar 1935 ein Reichsgesetz über die vorläufige Verwaltung des Saarlandes. Der Pfälzer Gauleiter Bürckel erhielt die Bestallung zum Reichskommissar für die Rückgliederung des nunmehr als Saarland bezeichneten Territoriums an das Deutsche Reich.“ (Klaus Spiegel im Leserbrief in der SZ vom September 2016) Dieses Gesetz dürfte dann bis zum Ende des Deutschen Reiches Geltung gehabt haben.

Paul Burgard schildert in seinem Artikel „Das Saarland im Nationalsozialismus (1935 – 1945)“ *„Man mag es nicht gerne hören im jüngsten der alten Bundesländer, und doch ist es wahr: Das Saarland ist namentlich eine Erfindung von Nazis und Pfälzern. Präziser formuliert war es dem machtbewussten Streben eines pfälzischen Nationalsozialisten zu verdanken, dass die Geschichte eines eigenständigen Saargebiets im Südwesten des Deutschen Reiches nach dem Ende der Völkerbundszeit nicht auch zu Ende ging. Und das hatte mit dem im nationalsozialistischen Deutschland immer wieder*

beobachtbaren Konkurrenzkampf zwischen Machthabern in Partei, Staat und Institutionen zu tun, dass Entscheidungen zustande kamen, die eigentlich gar keine waren, oder anders ausgedrückt, die das Ergebnis einer endgültigen Übergangslösung waren.“ (III. Trotz und wegen Hitler: Das Ritual der Rückgliederung.) Es hätte in der Logik nationalsozialistischen Denkens gelegen, „die Schmach von Versailles“ dadurch auszulöschen, dass man das Produkt dieses „Friedensvertrages“, das Saarland einfach politisch ausgelöscht hätte. Tatsächlich gingen noch bis Ende 1934 alle politischen Akteure auch davon aus, dass die von allen erwartete Rückgliederung des Saarlandes auch eine Rück-Eingliederung (Burgard) des Saarlandes in seine ursprünglichen preußischen und bayerischen Provinzen sein müsse. Der Pfälzer Bürckel aber träumte von einem südwestdeutschen Reich, einem unabhängigen Reichsgau Saar-Pfalz mit einem nur dem Führer verantwortlichen Statthalter Bürckel. Und so kam es dann auch faktisch.

Im Prinzip hat sich das 1957 wiederholt. Es gab kein Konzept für die politische und wirtschaftliche Rückgliederung, sie wurden faktisch vollzogen nach den bekannten Mustern. Die Folgen wurden dann erst später sichtbar.

Als Bundesland war das Saarland dann mit dem Stadtstaat Bremen zusammen das kleinste Bundesland, und der kleinste Flächenstaat, mit verheerenden Folgen für die Doppelbesteuerungsabkommen. Die fiskalischen Beziehungen zum Ausland sind für relativ kleine Länder viel bedeutsamer als für große Länder. Außerdem wurden über Nacht wichtige Einnahmepositionen (allein 13 % der Lohnsumme als Familienlastenausgleich) ersatzlos gestrichen. Und der Plan, Saarbrücken als Sitz der Montanunion zu einer der europäischen Hauptstädte zu machen, (Ziff. XIII. des Saarstatuts) war mit der Ablehnung des Saarstatuts nicht mehr durchzusetzen. Damit fehlten dem Saarland in der Folgezeit die Konzernzentralen, die ihre Gewinne und Kapitaleinkommen im Inland versteuern. Allein diese drei Positionen erklären die Staatsdefizite der Folgezeit und erzwangen immer wieder als Bittsteller gegenüber dem Bund und den anderen Ländern auftreten zu müssen. Obwohl das Saarland von seiner Wirtschaftskraft her (gemessen am BIP pro Einwohner) an fünfter bzw. siebter Stelle im Reigen der Bundesländer zu finden ist.

Wir verbinden also mit diesen Erfahrungen die zentrale These, dass das Saarland nur eine Chance hat, sich aus seiner Schuldenfalle zu befreien, wenn es sich den Luxus nicht mehr leistet, ein Bundesland in der Bundesrepublik Deutschland zu sein.

Ein Modell für ein eigenständiges, autonomes Saarland

Um neue Perspektiven zu gewinnen, sollten wir Alternativen entwickeln. Wir legen im folgenden Modell eine solche Alternative vor. Modelle sind in der wissenschaftlichen Diskussion Vereinfachungen, um sich auf die wesentlichen Fragen konzentrieren zu können. Dieses Modell bedeutet noch keine konkrete Politik, es soll unseren Blick aber richten auf die fiskalischen Probleme und ihre Lösung, um im Falle einer politischen Veränderung zu wissen, wohin die Entwicklung gehen soll.

In diesem Modell soll die politische und ökonomische Loslösung von Deutschland es ermöglichen, alle Voraussetzungen für eine autonome Finanzpolitik zu schaffen. Zum Beispiel die Sozialversicherungssysteme wieder ins Saarland zurückzuholen, wo wir dann eine eigenständige Abgabepolitik und Leistungspolitik machen können. Ein zentraler Punkt dabei wäre, die

Familienarbeit und –förderung aus dem Staatshaushalt herauszulösen und in einer neu gestalteten Landesagentur für Arbeit und Familie sozialversicherungsrechtlich neu zu gestalten.

Denkbar wäre ein solches Modell auch in der Weise, wie die Südtiroler ihre Autonomie gegenüber dem italienischen Zentralstaat erkämpft haben. 10 % Steuern gehen an den Zentralstaat für dessen zentrale Aufgaben, z. B. Verteidigung. Alles andere regeln die Südtiroler autonom.

In dieser Autonomie werden dann folgende Voraussetzungen gesetzt:

- Grundsätzlich geht es um die Transformation der Industriegesellschaft in eine „**klassenfreie solidarische Arbeitsgesellschaft in marktwirtschaftlicher Ordnung**“.
- Die Familienpolitik, soweit sie finanzielle Leistungen beinhaltet, wird aus den Staats- und Gemeindehaushalten herausgenommen und einer neuen erweiterten Landesagentur für Arbeit und Familie übertragen. Damit wird sie dem in jeder Legislaturperiode neu aufkommenden ideologischen Disput entzogen und im Interesse der Versichertengemeinschaft langfristig gesichert.
- Die in den bisherigen Gesetzen festgelegten gesamtwirtschaftlichen Ziele (Globalsteuerung) im Stabilitätsgesetz werden neu definiert und erweitert:
 - * Vollbeschäftigung heißt dann, jede Person im erwerbsfähigen Alter (17 – 65 Jahre) erhält einen brutto bezahlten Arbeitsplatz mit entsprechenden Einkommen, damit sie auch Steuern und Sozialabgaben zahlen kann und mit Einkommen, die sie auch im Alter absichern, unabhängig von ihrer familiären Situation. Das bedeutet, dass ca. 40% der bisherigen Einkommen zusätzlich neu entstehen.
 - * Das Ziel Wirtschaftswachstum wird gestrichen und geht in das Ziel Vollbeschäftigung über. Wenn Vollbeschäftigung erreicht ist, ist kein Wachstum mehr erforderlich, auch solches nicht über Exportüberschüsse, die weiterhin gesetzlich abgeschafft werden.
 - * Außenwirtschaftliches Gleichgewicht muss hergestellt werden über eine globale Einkommenssteigerung, bis die Leistungsbilanz ausgeglichen wird. Das muss ausgetestet werden, der Einstieg sollte 10 % Einkommenssteigerung sein, unabhängig von der sonst üblichen branchenbezogenen Tarifpolitik.
 - * Das Ziel Geldwertstabilität erfordert im Augenblick keine besonderen Aktionen, trotz 0 % Zinsen scheint es nicht zu unerwünschter Inflation zu kommen. Es muss aber im Auge behalten werden, und notfalls schnell und konkret reagiert werden.
 - * Neu hinzu kommen:
 - **Fiskalisches Gleichgewicht**, entsprechend den Maastricht-Kriterien, d. h. nur 3 % Wachstum bei den Staatsfinanzen und das Herunterfahren der Schuldenstandsquote auf mindestens 60 % des Haushalts. Angestrebt werden hier 40 %, damit für die private Vermögensbildung auch durch den Staat ein Spielraum entsteht.
 - **Demografisches Gleichgewicht**. Langfristig funktioniert ein umlagefinanziertes soziales Sicherungssystem nur, wenn die Generationen in etwa gleich stark vertreten bleiben. Bisher wurde eine bevölkerungsbewusste Politik nicht betrieben, sie wird sogar grundsätzlich

abgelehnt. Nachdem aber inzwischen der Anteil der Frauen, die keine Kinder mehr haben, gegen 35 % tendiert und die Zahl der Mehrkinderfamilien abnimmt, sollten Konsequenzen gezogen werden. Das Ifo-Institut hat in seiner Studie über „Die fiskalische Bilanz eines Kindes im deutschen Steuer- und Abgabensystem“ ermittelt, dass von jedem Kind ca. 70.000,- DM mehr in das Fiskalsystem eingezahlt werden, als es aus ihm an Unterstützung erhält. D. h. Deutschland lebt auf Kosten der Mehrkinderfamilien. Kein Wunder dass die weitgehend unter das Existenzminimum fallen. Es geht also gar nicht um eine Politik aus bevölkerungspolitischen Motiven, es geht auch gar nicht so sehr um Gerechtigkeit. Angelika Krebs „Arbeit und Liebe“ schreibt in diesem Zusammenhang, es geht um ein anständiges Umgehen mit den Frauen, die bisher unbezahlt diese Leistungen erbringen. In einer Arbeitsgesellschaft ist das besonders tragisch, da die gesellschaftliche Beteiligung und Anerkennung nur über geleistete und bezahlte Arbeit vergibt, aber diejenigen, die in Familien arbeiten behandelt werden als arbeiteten sie gar nicht.

Der Arbeitsbegriff muss ausgeweitet werden auf die Erziehung, die Pflege, die duale Bildung und die wissenschaftliche Bildung im Sinne der Neuen Haushaltsökonomik (Prof Gary Baker) und der Bildungsökonomik (Prof. Theodore Shulz), die beide Bereiche als gesellschaftliche Arbeit definieren.

- **Nachhaltigkeit und Umweltgestaltung.** Nachhaltigkeit ist nichts anderes als ein anderes Wort für Ökonomie, das haushälterische Umgehen mit den knappen Gütern der Umwelt, Ökonomie und Ökologie sind also identische Begriffe, das hatten wir nur vergessen. Umweltschutz allein reicht nicht mehr, es muss auch eine bewusste Umweltgestaltung geben. Zum Beispiel ist Privatisierung des Waldes, der diesen zu kleinsten Parzellen zerstückelt, tödlich. Er braucht eine Mindestfläche von einigen Quadratkilometern, um auch seine Bedeutung für das Klima wieder zu erlangen. Über Jahrhunderte haben unsere Vorfahren in der Wirtschaftsordnung „Gehöferschaft“ Arbeitsformen entwickelt, die mit der „Feuerstelle“ als zentralem Ort und zentraler Lebensform eine bäuerliche Subsistenz ermöglicht haben, die dann in der Weiterentwicklung zum „Bergmannsbauern“ Überleben ermöglicht haben, während andere ausreisen mussten bzw. konnten, wenn sie durch Erbschaft die nötigen Mittel dafür besaßen.

Einige Elemente dieser Wirtschaftsform, z. B. im Recht an Grund und Boden, könnten wiederbelebt werden und müssten durch die Rechtsordnung unterstützt werden.

- Ein entscheidendes Hindernis für die Einführung einer Wettbewerbsordnung war und ist die Existenz der Familienunternehmen. Diese kämen in eine neue Existenzkrise, wenn sie die für die Herstellung des Leistungsbilanzgleichgewichts nötige Steigerung der Arbeitnehmereinkommen stemmen müssten. Während die Kapitalgesellschaften diese „aus der Portokasse“ zahlen können, stößt deren Finanzierbarkeit an die übliche „Finanzierungslücke“ des Mittelstandes. An dieser Stelle ist es höchste Zeit, eine marktwirtschaftliche Unternehmensverfassung gesetzlich vorzuschreiben, wonach jedes Unternehmen, unabhängig von Rechtsform und Größe, in eine der zur Verfügung stehenden rechtlichen Gestaltungsformen von Unternehmen so umgewandelt wird, dass es als „juristische Person“ selbständig handeln kann, unabhängig von der Eigentümerfamilie. Dann könnten die zusätzlich zu leistenden Löhne im Unternehmen verbleiben und würden eine Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer begründen.

Und nun eine Modellrechnung, die die Finanzierbarkeit einer solchen Politik, besonders wenn sie auf ein autonomes Saarland konzentriert wäre, belegen soll. Wir legen sowohl die gesamtwirtschaftlichen Zahlen des Saarlandes als auch der Bundesrepublik zugrunde, weil letztere eher allgemein bekannt sind und deshalb den Überblick erleichtern.

Grundlage sind also drei wesentliche Änderungen:

1. Wirtschaftsdemokratie, d. h. alle Menschen, die im Land leben und arbeiten werden als Wirtschaftssubjekte einbezogen. Parallel zum Staatsbürger reden wir also jetzt von Wirtschaftsbürgern, bzw. Erwerbspersonen:
2. Jede Form gesellschaftlicher Arbeit wird in den volkswirtschaftlichen Einkommensentstehungs-, -verteilungs- und verwendungszusammenhang eingeführt.
3. Familienarbeit (also Erziehung, Pflege, Bildung) werden aus den Gemeinde- und Staatshaushalten entfernt und in einer neu gestalteten Bundesagentur für Arbeit und Familie finanziert.
4. Der Einfachheit halber gehen wir für die Bundesrepublik und das Saarland von folgenden gerundeten Zahlen aus, um die Rechnung nicht zu kompliziert zu gestalten. Bei den noch nicht Erwerbstätigen nehmen wir einen Mittelwert von 17 Jahren, da ca 50 % mit 16 eine Lehre beginnen und weitere ca. 50 % mit 18 ein Studium:

Wirtschaftsbürger je für die Bundesrepublik und das Saarland (gerundete Zahlen)

Erwerbspersonen	Bundesrepublik		Saarland	
Insgesamt	80 Mio		1 Mio	
Noch nicht Erwerbstätige (bis 17 Jahre)	15 Mio		188.000	
Erwerbstätige (17 – 65)			610.831	
Nicht mehr Erwerbstätige (über 65)			201.169	

Entsprechend führen wir auch die Bürgerversicherung ein: Bevor wir die Einnahmen konkret berechnen, müssen wir die Beiträge nach Einführung der Bürgerversicherung ansehen

Versicherungszweig	Bisherige Beiträge lt. BEK	Senkung um ca. 40 %	Weitere Senkung durch Wachstums-	Begründung für Absenkung	Neue Beitragsätze

			programm		
KV	15,7	6,28	1	Hausw. Dienstl. entfallen	8,42
RV	18,6	7,44	5	Hinterbliebenen-vers. entfällt	6,16
PflegeV	2,55	1,02	0,5	Eigenes Pflegeeinkommen	1,03
Arbeitsl.V	2,5	1,0	0,5	Staatl. Vollbeschäftigung	1,0
Neue Landesanstalt für Arbeit und Familie					22,75 %
Zusammen	39,35	15,74 %	7 %		39,35

Wenn wir von bisher versicherungspflichtigen Einkommen von 1,7 Billionen Euro ausgehen, kämen nun dazu:

		In Mrd €
Einkommen		1,700
Zusätzliche Einkommen durch Projekt 40 %		0,680
15 % Steigerung für außenw. Gleichgewicht		0,380
Alle anderen Bürger, Beamte, Selbständige, Freiberufler, Rentiers 40 %		1,104
		3,2864 Bill. €

Von diesen Gesamteinkommen der Bürger innerhalb der Beitragsbemessungsgrenze werden in die neue Landesanstalt für Arbeit und Familie **747.656 Mrd. €** eingezahlt.

Davon werden finanziert:

1. Friktionelle Arbeitslosigkeit 1 %	7,4 Mrd.
2. Bedarfsgerechtes Kindergeld (15 Mio á 6.000,-)	90,0 Mrd.
3. Einkommen für	
- Erziehende 7,5 Mio á 36.000,-	270 Mrd,
- Pflegende 2,0 Mio á 36.000,-	72 Mrd.
-Azubis 1,4 Mio á 36.000,-	50,4 Mrd
-Studierende 2,87 á 36.000,-	103,32 Mrd.

-Erzieherinnen in Kindergärten und Kitas(für Kinder von 1 Jahr bis 6 Jahren voll) = 3,9 Mio . Pro Gruppe maximal 7 Kinder = 557.000 Stellen á 36.000,- =20.052 Mrd. = 593,12

Es wären also noch 154.536 Mrd € übrig, die zur Finanzierung anderer Aufgaben dienen, zum Abbau der Staatsverschuldung genutzt oder zur Abfederung von Risiken bei dieser großen Umstellung dienen können. Solche Risiken können sein:

- Die Inanspruchnahme der neuen Einkommensmöglichkeiten kann sich verzögern und damit der Effekt der zusätzlichen Einkommen bei Steuern und Abgaben nicht von Anfang an voll wirken.
- Durch die Einkommensmaßnahmen entfallen schätzungsweise 250 Mrd. Ausgaben des Sozialstaates im Sozialbudget, das führt nicht automatisch zu positiven fiskalischen Effekten, weil diese Ausgaben ja auch überwiegend als Einkommen dort entfallen, wo jetzt reguläres Bruttoeinkommen entsteht.
- Wir gehen davon aus, dass die zusätzlichen Einkommen einen Wachstumsschub auslösen, der auf dem regulären Arbeitsmarkt zu zusätzlich ca. 7 Mio Erwerbsarbeitsplätzen führt. Dieser Effekt kann größer, aber auch geringer ausfallen.

Arbeitsplatz	Jahreseinkommen	Insgesamt in Mrd €
Friktional arbeitslos		7,4
Kindergeld 15 Mio á 6.000,-	6. 000 Mrd.	90.000,-

Wir treten dafür ein, dass das Saarland wieder teilautonom wird, wie es dies in den ersten 10 Jahren seiner Existenz war. Damals in politischer Abhängigkeit von Frankreich, diesmal - wir nehmen die Ergebnisse der beiden Volksabstimmungen von 1935 und 1955 sehr ernst - in politischer Anbindung an Deutschland. Wirtschafts- und Währungsunion könnten im Rahmen der EU organisiert werden, Außen- und Verteidigungspolitik wären im Verbund mit der Bundesrepublik organisierbar, wie dies auch zum Beispiel Südtirol in seiner Autonomie im Zentralstaat Italien organisiert hat. Es geht darum, dass wir die Ziele der Schuldenbremse nicht nur über Sparen, sondern auch über höhere Einkommen aus zusätzlichem Wirtschaftswachstum erreichen.

Die in der Verfassung zu verankernde Schuldenbremse ist auch für uns bindend. Sie besagt, dass in Zukunft (ab 2020) keine neuen Staatsschulden mehr aufgenommen werden dürfen. Dies möchten wir konkretisieren: Nach 10 Jahren mit einer Defizitquote von 0 sinkt die Schuldenstandsquote von jetzt ca. 80 % auf ca. 40 % des BIP, nach diesen 10 Jahren darf dann jährlich nur noch so viel an neuen Schulden aufgenommen werden, wie Wirtschaftswachstum und Inflation steigen, also im Schnitt die

3 %, die auch der Maastricht-Vertrag vorsieht. Danach würde die Schuldenstandsquote bei ca. 40 % unverändert bleiben. Die Teilautonomie des Saarlandes soll bewirken, dass wir dieses Ziel nicht nur einseitig über Sparbemühungen anstreben, sondern auch über die Einnahmenseite. Was die Sparbemühungen angeht, hat der Stabilitätsrat der Regierung des Saarlandes immer wieder bestätigt, dass sie konsequent ist und sich bemüht, dass aber trotz alledem das Saarland auf eine Schuldenkrise zusteuert.

Natürlich könnte man das auch als Bundesland mit Sonderstatus versuchen, wenn die Bundesregierung sich zu jener Großzügigkeit aufraffen könnte, die Frankreich 1918 bei der Rückkehr von Elsaß-Lothringen in die Republik Frankreich gezeigt hatte: Damals wurde den Elsaß-Lothringern nicht nur das deutsche Beamtenrecht, sondern auch die Kirchensteuern und die Sozialversicherungen (bis 1930) belassen und das machte es ihnen möglich, bis heute innerhalb Frankreichs einen beneideten Wohlstand erreicht zu haben.

“Kein Elsaß-Lothringer wird durch den Regierungswechsel einen Centime verlieren. Frankreich hat in dieser Hinsicht Verpflichtungen übernommen und mehr noch – es geht um die Ehre des Landes.“ Dies sagte Raymond Poincaré bei der Rückgliederung Elsaß-Lothringens, besonders im Hinblick auf die Erhaltung des kaiserlichen Beamtenrechts. Frankreich hat in Elsaß Lothringen nicht nur dieses Recht beibehalten, sondern darüber hinaus von 1918 bis 1930 das Sozialversicherungsrecht als Besitzstand Elsaß-Lothringens gewahrt. Erst 1930 wurden im übrigen Frankreich die ersten Regelungen zur Sozialen Sicherheit eingeführt. Jedoch noch bis zum heutigen Tage gibt es bestimmte Optionsmöglichkeiten in Elsaß-Lothringen. Daneben gelten unter anderem Vorschriften des Genossenschaftsrechts weiter. Nicht zu vergessen ist der Besitzstand der Kultusautonomie Elsaß-Lothringens – ein unerhörter Vorgang angesichts der französischen Verfassungsbestimmung, die die Republik als laizistische Republik definiert. ⁽²⁾

Dass es auch anders geht, hat auch Italien mit der Gewährung der Teilautonomie an Südtirol gezeigt. Um ihre kulturelle Identität nicht zu verlieren, hat man den Südtirolern Autonomie gewährt, soweit nationale Aufgaben zu erledigen und zu finanzieren sind, erhält der Zentralstaat Italien rund 10 % der wichtigsten Steuern, alles andere geschieht in fiskalischer Eigenverantwortlichkeit.

Demgegenüber erwies sich die Zusage von Konrad Adenauer: „Selbstverständlich darf kein Saarländer infolge der wirtschaftlichen Rückgliederung der Saar in die Bundesrepublik irgendwie Schaden erleiden³⁾ als Lüge, denn noch am Tag X wurden 13 % der Lohnsumme, die zur Finanzierung der Familienzulagenkasse von den Arbeitgebern abgeführt wurden, ersatzlos gestrichen. Lediglich die Bestände reichten noch für 3 Monate. Das ist geschichtliches Faktum, an das wir uns angesichts der derzeitigen fiskalischen Krise des Saarlandes immer mehr erinnern.

Auch Berlin hatte einen Sonderstatus innerhalb der Bundesrepublik, den hatten aber die Alliierten Siegermächte erzwungen. Was hat die Bundesrepublik daran gehindert, eine der Familienzulagenkasse angenäherte Einrichtung dem Saarland zu belassen, zumal deren Finanzierung ausschließlich durch die Arbeitnehmer selbst erfolgte?

Es ist bisher nicht absehbar, dass sich bis zum Jahre 2020 (wenn der bisherige Bund-Länder-Finanzausgleich ausläuft) auf dem bisherigen Weg die Schuldenkrise vermeiden lässt. Wir werden darlegen, dass sich z. B. mit jeder eingesparten Stelle die Staatsschulden erhöhen und das Problem

sich verstärkt. Die Folge wird sein, dass neben den Kommunen auch der Staat seine Haushaltsautonomie verliert, und damit gehen wesentliche Elemente unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung verloren. Nicht nur die Ordnung des Staates, auch die Selbstverwaltung der Kommunen nähert sich immer mehr einer absolutistischen Ordnung, in der Staatskommissare und Bürokraten darüber entscheiden, ob ein demokratisch zustande gekommener Haushaltsplan rechtmäßig und gültig ist.

Demgegenüber werden wir aufzeigen, dass mit der Einführung zusätzlicher Bruttoeinkommen für Erziehung und Pflege in den privaten Haushalten, für die Studenten und Auszubildenden, die nicht über die Staatshaushalte i. e. S., sondern über die Bundesagentur für Arbeit organisiert und finanziert werden, bei gleichbleibenden Abzügen insgesamt, in marktwirtschaftlicher Ordnung, folgende Probleme einer adäquaten Lösung zugeführt werden:

1. Die Beschäftigungsfrage incl. Wirtschaftswachstum:
2. Die Geldwertstabilität:
3. Das außenwirtschaftliche Gleichgewicht:
4. Das fiskalische Gleichgewicht:
5. Das demografische Gleichgewicht:
6. Nachhaltigkeit, Ökologie und Klima:

Bevor wir das im Einzelnen darlegen, einige politische Vorentscheidungen:

1. Wir verlagern die gesamte Familienpolitik, soweit sie auf finanziellen Ausgleich für die Familien durch das Bundesfamilienministerium angelegt war, wird verlagert auf die Versicherungsgemeinschaft, wo die bisherige Bundesagentur für Arbeit weiterentwickelt wird zu einer Bundesagentur für Arbeit und Familie. Damit soll erreicht werden, dass politische Grundsatzdiskussionen wegen ideologischer Festlegungen der Parteien in jeder neuen Legislaturperiode die Menschen verunsichern und in ihren existentiellen Entscheidungen, die für sie ja lebenslang binden beeinträchtigt werden. (Eheschließung, Eigenheimbau, Berufliche Bildung und Karriereplanung, Altersversorgung) Nachdem wir uns aus guten Gründen für ein umlagefinanziertes System entschieden haben, müssen die Menschen die Sicherheit haben, dass dieses für sie lebenslang trägt. Deshalb sollte es auch aus der Parteidiskussion möglichst herausgehalten werden.
2. Unser Ziel ist die Wirtschaftsdemokratie. Die bisherige Soziale Marktwirtschaft, die von Prof. Goetz-Briefs treffend als „sozial temperierter Kapitalismus“ bezeichnet wurde, muss nach dem Ende der Industriegesellschaft und der klassischen kapitalistischen Lohnarbeit weiterentwickelt werden. Das Ende des Kapitalismus kann man nicht treffender gekommen sehen als in der Tatsache, dass die Banken bei der EZB inzwischen einen Minuszins für geparktes Geld bezahlen müssen. Trotzdem wollen die privaten und staatlichen Investitionen nicht anlaufen. Wir brauchen eine produktivitätsorientierte Steigerung der Masseneinkommen, indem wir den Arbeitsbegriff ausweiten auf jegliche Form gesellschaftlicher Arbeit, also auch Erziehungs- und Pflegearbeit in den Familienhaushalten, Aus- und Weiterbildung sowie wissenschaftliche Studien. Dies alles sind Arbeiten, die vom Staat geleistet werden müssten, wenn sie nicht privat erbracht werden, also sollte die Gesellschaft sie in die volkswirtschaftlichen Einkommens-, Verteilungs- und Verwendungsrechnung einstellen.

Als Arbeitstitel wollen wir fortan von einer „klassenfreien, solidarischen Arbeitsgesellschaft in marktwirtschaftlicher Ordnung“ sprechen, womit die entscheidenden Weiterentwicklungen benannt sind:

Klassenfrei steht für den Abbau jeglicher gesellschaftlichen Differenzierung nach Kapital und Arbeit, Standeszugehörigkeit, usw. Jeder Mensch im erwerbsfähigen Alter hat zwar einen Beruf, kann auch „Lehrling, Geselle, Meister“ werden, aber gehört nicht mehr einer Kapitalisten- oder Arbeiterklasse an, auch nicht mehr einem Mittelstand oder ist Freiberufler, abhängig Beschäftigter. Es gibt nur noch Erwerbspersonen, die in einem Unternehmen arbeiten, das als Personenverbund eigene Rechtsträgerschaft besitzt, also auch nicht mehr einer Familie gehört. Damit erledigen sich viele Probleme, u. a. auch die der Erbschafts- oder Vermögenssteuer, die bisher nur mit Rücksicht auf die Familienunternehmen nicht erhoben werden konnten.

Solidarisch steht dafür, dass Beteiligung als grundlegendes Soziales Recht jedem Menschen auch und besonders über die Arbeit möglich sein muss. Niemand, der Gottes Antlitz trägt, darf aus dieser entscheidenden Beteiligungsmöglichkeit, die die Arbeit bietet, herausfallen. Deshalb müssen wir Vollbeschäftigung neu definieren.

Arbeitsgesellschaft heißt, dass der entscheidende Ordnungsfaktor im Kapitalismus an Bedeutung verliert (Zinsen gleich Null) und als neue Ordnungsmacht die Arbeitsgelegenheit in den Vordergrund rückt. Die Arbeitsgesellschaft nimmt die Menschen als arbeitende wahr, so wie sie früher die Herrschenden über ihr Kapital wahrgenommen hat. Das erfordert entscheidende Veränderungen:

Alle Menschen sind über ihre Arbeit zu integrieren, auch Erziehungsarbeit und Pflege, Bildung, Ausbildung, wiss. Studium. Wenn das Statistische Bundesamt nach den Zeitverwendungsstudien festgestellt hat, dass 2/3 der produktiven Arbeit in unserer Gesellschaft in den privaten Familienhaushalten geleistet werden, dann ist damit die Aufgabe beschrieben: Soweit diese Arbeit von Menschen im erwerbsfähigen Alter geleistet wird und soweit sie nicht Privat- und Partnerarbeit ist, ist sie gesellschaftliche Arbeit

Marktwirtschaftliche Ordnung und Wirtschaftsdemokratie:

Wirtschaftsdemokratie erfordert, dass wir alle Bürger in die solidarischen Sicherungssysteme einfügen, d. h. Bürgerversicherung.

Eine Modellrechnung:

Wir wollen nun in einem Modell diese Absichten in unser volkswirtschaftliches System übertragen, wobei Modell bei den Ökonomen eine Möglichkeit ist, mit vereinfachten Annahmen Übersicht herzustellen.

Wir gehen also auch von dem Zahlenwerk der Bundesrepublik Deutschland und versuchen anschließend auch ein solches für das Saarland zu entwickeln:

80 Millionen Einwohner, davon 15 Mill. Kinder und Heranwachsende unter 17 Jahren. Kinder erhalten ein bedarfsgerechtes Kindergeld von 500,- € im Monat. (Zwei Anmerkungen: 1. Ausgegangen wird davon, dass ca. 50 % im dualen System mit 16 Jahren berufstätig werden, weitere 50 % mit einem wissenschaftlichen Studium ab 18 Jahre beginnen, so dass hier als Mittelwert 17 Jahre zugrundegelegt wird. 2. Die 500,- € beruhen auf dem bisherigen gespaltenen Mehrwertsteuersatz. Sollte dieser vereinheitlicht werden, müsste das Kindergeld entsprechend erhöht werden, dessen Finanzierung dann aber aus den erhöhten Mehrwertsteuereinnahmen möglich wäre.)

Kindergeld also 90 Mrd. €, die aus den Beiträgen zur Bundesagentur finanziert werden.

Erwerbstätige zwischen 17 und 65 Jahre, die wöchentlich 40 Stunden arbeiten. Diese Zielmenge muss angestrebt werden. Bisher sind ca. 40 % dieser Personen nicht voll erwerbstätig, entweder

- weil sie zuhause Kinder erziehen oder Angehörige pflegen,
- oder in der „Stillen Reserve“ verharren, weil sie für sich keine berufliche Perspektive sehen und deshalb nicht als Arbeitsnachfragende bei der Bundesagentur registriert sind,
- oder als Studenten an wissenschaftlichen Hochschulen studieren und bisher nicht als Arbeitende wahrgenommen werden,
- oder nicht mehr Vollzeit arbeiten, weil sie den Arbeitsmarkt entlasten wollen oder für sich andere Ziele anstreben, als voll erwerbstätig sind.
- oder freiwillig vorübergehend arbeitslos gemeldet sind, weil sie einen Arbeitsplatzwechsel anstreben (friktionelle Arbeitslosigkeit)
- oder wegen langwieriger Erkrankung unfähig sind, am Arbeitsmarkt teilzunehmen.

Diese 40 % beziffern wir in unserer Modellrechnung mit **23 Mill.Menschen**.

Von diesen ziehen wir je 1 Million ab wegen Krankheit oder friktioneller Arbeitslosigkeit, verbleiben 21 Mill. Menschen.

Von diesen werden 7,5 Mill Menschen in den Haushalten in der Erziehung von Kindern unter 15 Jahren tätig und gleichwertig mit einem Bruttoeinkommen bezahlt.

2,0 Mill Menschen werden in der Pflege zuhause tätig und dafür bezahlt.

3,5 Mill. Menschen sind in der dualen Ausbildung oder in einem wissenschaftlichen Studium tätig und erhalten ein Bruttoeinkommen.

Wir verlagern weitere 500 Arbeitsplätze aus den kommunalen Haushalten zur Bundesagentur für Gehälter von Erzieherinnen in Kitas und Kindergärten.

500 Arbeitsplätze werden eingesetzt für freiwillige Soziale Dienste im In- und Ausland, auch diese müssen aber brutto bezahlt werden, damit unser umlagefinanziertes Sicherungssystem keine Lücken bekommt.

Wir haben also 14 Millionen hzusätzliche bezahlte Arbeitsplätze, die von der Bundesagentur zu finanzieren sind. Wir rechnen mit 3.000,- € brutto im Monat, ergibt 36.000,- € im Jahr, x 14 Millionen sind 504 Mrd. €.

Zusammen mit dem Kindergeld ergibt das an Ausgaben 594 Mrd. €

Die Einnahmen:

Wenn wir davon einen neuen Beitrag von 22 % in die Bundesagentur für Arbeit und Familie einstellen, wären das 723 Milliarden €, die ausreichend wären, um

14 Mill. Bruttoeinkommen von 3.000,- € monatlich mit ein bedarfsgerechtes Kindergeld von 500,- € monatlich für 15 Mill. Kinder	504 Milliarden €
die Einkommen für Erzieherinnen in KITA und Kindergarten	90 Milliarden €
500.000 x 36.000,- €	<u>18 Milliarden €</u>
insgesamt also	612 Milliarden €

zu finanzieren.

Zu finanzieren sind also	612 Mrd.
Verfügbar wären	<u>723 Mrd</u>
Wir haben also eine Reserve von jhrlich	111 Mrd. €

Dazu noch einige Anmerkungen:

Bei den Einkommen ist zu berücksichtigen, dass wir in einer klassenfreien Gesellschaft keine Arbeitgeber, also auch keine Arbeitgeberbeiträge mehr haben. Die bisherigen Beiträge sind also dem Einkommen zuzuschlagen. Da sie bisher aber steuerfrei waren, sind die Einkommen entsprechend neu zu justieren, so dass keine Steuererhöhung unterm Strich verbleibt.

Wir gehen etwas vereinfacht von 3.000 brutto aus. Wenn das dem durchschnittlichen Arbeitnehmereinkommen entsprechen soll, ist es etwas zu niedrig bemessen. Es muss aber auch noch berücksichtigt werden, dass viele dieser Tätigkeiten in privaten Haushalten mit „Kost und Logis“ versehen sind, die nur mit einem pauschalen Freibetrag zu Buche schlagen.

Wir gehen davon aus, dass Sozialversicherungsbeiträge nur bis zur bisherigen Beitragsbemessungsgrenze abgeführt werden. Bei Beamten und auch Freiberuflern ist damit zu rechnen, dass es verhältnismäßig mehr gibt als bei normalen Arbeitnehmern, die über dieser Grenze verdienen.

Abschließende Bewertung:

Wir haben uns bisher ausschließlich im Bereich der Sozialversicherungen bewegt.